

Protokoll über die Sitzung Datenverarbeitungs- und- Digitalisierungsausschuss der Stadt
Wilhelmshaven am Donnerstag, 29. Januar 2026, 15:00 Uhr, Ratssaal , Nr. 1/2026

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Manuel Baruschke

Ausschussmitglied Marvin Hager

Ausschussmitglied Birgit Holtz

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"

Ausschussmitglied Yannick Lonkai

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Volt

Stellv. Ausschussmitglied Ulf Berner

Ausschussvorsitzender Olaf Fischer

Mitglied Fraktion FDP/FW

Grundmandat Thomas Lehmann

von der Verwaltung

Fachbereich 16 Torsten Frank

Fachbereich 10 Lisa Garling

Fachbereichsleitung 16 Tino Hoffmann

Fachbereichsleitung 51 Jörg Ratzmann

Protokollführerin

Fachbereich 16 Denise Stolz

Leiter Referat 4

Referatsleiter Jens Müll

Es fehlte entschuldigt

Oberbürgermeister Carsten Feist

Grundmandat Thorsten Moriß

Stellv. Ausschussvorsitzender Sven Schoolmann

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Ausschussmitglied Dr. Uwe Weithöner

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Datenverarbeitungs- und- Digitalisierungsausschusses vom 20.11.2025
- 4 Vorlagen an den RAT
- 4.1 gemeinsamer Antrag von SPD, Gemeinsam Bunt, CDU, WIN@WBV/Volt, **500/2026** FDP+FW zu Mitgliedschaften bei kommunalen IT-Dienstleistern
- 5 Digitalpakt
- 6 Mitteilung über anstehende Vergaben
 - FAST Silent Brick System
 - DMS Update
 - Verlängerung Omnissa Horizon Client Lizenzen
- 7 Mitteilungen und Anfragen
- 7.1 Digitale Souveränität
- 7.2 Krisenpläne

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Fischer eröffnete die Sitzung um 15:00 Uhr und stellte anschließend die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde in der vorliegenden Form festgestellt und einstimmig zugestimmt.

- 3 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Datenverarbeitungs- und- Digitalisierungsausschusses vom 20.11.2025

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung des Datenverarbeitungs- und Digitalisierungsausschusses vom 20.11.2025 wurde einstimmig beschlossen.

- 4 Vorlagen an den RAT

- 4.1 gemeinsamer Antrag von SPD, Gemeinsam Bunt, CDU, **500/2026** WIN@WBV/Volt, FDP+FW zu Mitgliedschaften bei kommunalen IT-

Dienstleistern

Der gemeinsame Antrag von SPD, Gemeinsam Bunt, CDU, WIN@WBV/Volt, FDP+FW zu Mitgliedschaften bei kommunalen IT-Dienstleistern wurde durch Herrn Hager vorgestellt.

Herr Müll hatte ergänzt, dass die Mitgliedschaft bei ITEBO problemlos möglich sei. Es sollten weitere Genossenschaften angesprochen werden, wobei mit der ITEBO begonnen werden solle.

Herr Lehmann erfragte in dem Zusammenhang, wie lange die Vertragslaufzeit für die KFZ-Zulassung wäre. Herr Müll entgegnete, dass ihm eine geplante Vertragslaufzeit nicht bekannt wäre. Er berichtete, dass ein Mitbewerber aus Göttingen gewonnen hat. Herr Hoffmann merkte an, dass es keine vorgegebene Vertragslaufzeit gäbe. Der Vertrag solle jedoch für 48 Monate abgeschlossen werden. Es gäbe jedoch keinen Zweckvertrag zwischen der Stadt WHV und den Kommunalen Dienste Göttingen. Herr Suberg ergänzte, dass man bei den Genossenschaften als Mitglied eintrete und es daher keine Mindestlaufzeiten gäbe.

Herr Hoffmann merkte an, dass es im Land Niedersachsen ein neues Dezernat zwecks Digitalisierung eingerichtet wurde. Die zuständige Digitalisierungsstaatssekretärin wäre Frau Anke Pörksen. Abschließend ergänzte Herr Suberg, dass die Aufgaben des Dezernates für Digitalisierung eigentlich auf Bundesebene erledigt werden müssten. Als Beispiel nannte er das Land Estland. Aufgrund des Föderalismus wäre das aber in Deutschland nicht so einfach möglich. Trotzdem gäbe es viele Dienstleistungen, welche überall in Deutschland identisch seien, wie zum Beispiel die Aufgaben der KFZ-Zulassung.

Es gab keine weiteren Nachfragen oder Anmerkungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Verwaltung wird beauftragt, soweit möglich und wirtschaftlich vertretbar, direkt oder indirekt eine oder mehrere Mitgliedschaften bzw. Genossenschaftsmitgliedschaften bei den vier großen kommunalen IT-Dienstleistern in Niedersachsen einzugehen. Diese Dienstleister sind die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), die Kommunalen Dienste Göttingen (KDG), ITEBO sowie GovConnect. Sollten wirtschaftliche oder sonstige Gründe im Einzelfall gegen eine Mitgliedschaft sprechen, sind diese dem Fachausschuss für Datenverarbeitung und Digitalisierung detailliert darzulegen und der Rat entsprechend zu informieren.

5 Digitalpakt

Herr Frank merkte an, dass es vom Land Niedersachsen keine neuen Informationen gäbe. Er berichtete, dass es weitere Fördermöglichkeiten gäbe, zum Beispiel

weitere Personalstellen.

Außerdem berichtete Herr Frank, dass das Land Niedersachsen die Schulklassen ab der siebten Klasse mit Tablets und Notebooks ausstatten wolle. Allerdings gäbe es dazu noch keine neuen Informationen.

Herr Hoffmann merkte an, dass die aktuelle Personalfinanzierung in den Förderungen nicht nachhaltig wäre. Der Stellenplan sollte nachhaltig und dauerhaft angepasst werden, damit die zukünftigen Digitalisierungsaufgaben, wie zum Beispiel die Pflege von 800 neuen Geräten, auch personell erledigt werden könne. Herr Berner stimmte dem zu. Auch Herr Fischer entgegnete, dass in die Digitalisierung investiert werden müsse.

Es gab keine weiteren Nachfragen oder Anmerkungen.

6 Mitteilung über anstehende Vergaben

- FAST Silent Brick System
- DMS Update
- Verlängerung Omnissa Horizon Client Lizenzen

Herr Hoffmann stellte die anstehenden Vergaben vor:

FAST Silent Brick System

Das FAST Silent Brick Systems diene der SDW als Zielspeicher der Datensicherung [Notfall-Sicherung bzw. Backup]. Auf dem Zielspeicher werden die Sicherungskopien aller Applikations- und Datenbanksysteme in den Zeitintervallen täglich, monatlich und jährlich abgelegt. Die Kapazität ist zur Absicherung und Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes dringend zu erweitern.

DMS Updates

Es wurde die Aktualisierung der D3 Schnittstellen beauftragt.

Verlängerung Omnissa Horizon Client Lizenzen

Die aktuellen Lizenzen würden zum 21.05.2026 auslaufen. Diese sollten als Übergangslösung verlängert werden, bis das neue VPN-System zur Verfügung stehe. Allerdings sollen in dem System keine Neuerungen eingerichtet werden. Die Ausschreibung der Verhandlungsvergabe solle ab KW7 bzw. KW8 erfolgen.

Herr Fischer fragte daraufhin die finanzielle Größenordnung an. Herr Hoffmann antwortete, dass die Auftragsvolumen folgende Größenordnungen hätten:

- FAST Silent Brick System – ca. **97.000 €**
- DMS Schnittstellen Update – ca. **26.000 €**
- Omnissa Horizon Client Lizenzen – ca. **40.000 €**

Es gab keine weiteren Nachfragen oder Anmerkungen.

7 Mitteilungen und Anfragen

7.1 Digitale Souveränität

Herr Berner merkte an, dass das Land Schleswig-Holstein sich von den amerikanischen IT-Systemen lösen würde. Dabei fragte Herr Berner, ob diese auch für die Stadt WHV geplant sei?

Daraufhin antwortete Herr Hoffmann, dass die digitale Souveränität nicht so einfach umgesetzt werden könne. Im Open-Source-Bereich wurde die Entwicklung im Vergleich zu MS365 in den letzten 20 Jahren vernachlässigt. Dies sei aktuell eine sehr große Herausforderung. Die Hauptproblematik läge in den Fachverfahren und deren Abhängigkeiten zu Microsoft-Produkten wie Windows oder Word. Der Aufwand für eine Umstellung sei im Moment zu groß. Allerdings solle Microsoft-Software DSGVO konform eingesetzt werden können.

Herr Berner ergänzte, dass die momentane Situation Auswirkungen bis zur EU-Ebene habe. Unter anderen auch durch die amerikanischen Zölle durch Trump. Daher bat Herr Berner, dass die Umsetzung der digitalen Souveränität kein Alleingang sein sollte, da es eine langfristige und strategische Entscheidung sei. Außerdem verwies Herr Berner auf die Nachbarländer, welche bereits bestehende Lösungen ohne Abhängigkeit zu amerikanischen Systemen haben. Daran könne sich auch die Stadt WHV orientieren.

Herr Frank berichtete, dass er im pädagogischen Bereich bereits einen entsprechenden Anstoß gegeben hatte. Neben Microsoft Windows gäbe es ja auch noch Apple MacOS und weitere Systeme. Es müsste im Sinne des Bildungsaspektes sein, dass an den Schulen nicht nur Microsoft Windows und Microsoft Office gelehrt wird. Die Stadt Wilhelmshaven habe bereits Open-Source-Software im Einsatz, wie zum Beispiel Nextcloud oder Jitsi.

Herr Lonkai bat darum, dass der Wechsel eher Step-by-Step nach den einzelnen Prozessen bzw. Dienstleistungen geschehen solle. Als Beispieldienstleistung wurden in Europa gehostet Maildienstleister und Programme mit Serverstandard Deutschland genannt. Zudem gäbe es aus der Schweiz den Maildienstleister „Proton“. Außerdem hatte Herr Lonkai die alternative Software im pädagogischen Bereich befürwortet.

Herr Lehmann hatte die Strategie von Herrn Berner befürwortet. Er ergänzte, dass Aldi und Lidl gerade ihre Rechenzentren in Deutschland ausbauen und das ein Umdenken erfolgen müsse.

Herr Baruschke merkte an, dass ein Einfaches „wir trennen uns von Windows“ nicht zu Ende gedacht sei. Die Abhängigkeit sei deutlich komplexer, zum Beispiel Microsoft Azure oder Entra ID. Die digitale Souveränität alleine als Kommune umzusetzen, wäre sehr schwierig.

Herr Berner bemerkte, dass es europäische Systeme wie z.B. Mistral aus Frankreich gäbe. Allerdings wäre die Werbung dazu nicht ausreichend und daher werden diese nicht großflächig benutzt. Wir würden in einer globalen politischen Krise leben. Die drei großen Blöcke (Russland, China, USA) würden die Welt aufreiben und wir als EU würden dazwischen zerrieben werden. Daher verwies Herr Berner erneut auf eine Strategie, um langfristig unabhängig werden.

Herr Hoffmann merkte an, dass die Stadtverwaltung laut der IT-Strategie in Zukunft auf MS365 wechseln werde. Allerdings gäbe es Rollbackstrategien, welche die aktuelle politische Diskussion berücksichtigen würden. Er möchte eine Handlungsunfähigkeit der Stadt WHV verhindern. Herr Hoffmann merkte an, dass eine langfristige Strategie zur digitalen Souveränität erarbeitet werden solle. Allerdings würden im Moment Grundlagen fehlen, weil zum Beispiel die Fachverfahren nicht agil und flexibel genug sind. Die IT-Strategie solle aber entsprechend optimiert werden.

Daraufhin berichtete Herr Lonkai, dass in Den Haag Richter des internationalen Strafgerichtshofs seitens der amerikanischen Regierung sanktioniert werden. Dies sei durch die Abhängigkeit von amerikanischen Produkten möglich. Laut Herrn Lonkai könne das auch der Stadtverwaltung passieren. Daher bat er darum, die ersten Schritte zur Lösung der Abhängigkeiten zu veranlassen.

Herr Baruschke merkte an, dass eine Umsetzung komplett ohne amerikanische Systeme sehr schwierig sei. Als Beispiel wurde der amerikanische Dienstleister Cloudflare genannt. Cloudflare würde auch von vielen Open-Source-Diensten genutzt werden.

Herrn Suberg entgegnete, dass das Thema auf EU-Ebene erledigt werden muss, damit keine Insellösungen geschaffen werden.

7.2 Krisenpläne

Herr Hoffmann berichtete, dass ein großes Thema das Business Continuity Management (BCM) wäre. Darin ginge es unter anderem um Notfallpläne für Ausfallsituationen. Dort wären Fragestellungen wie „Wie handle ich, wenn der Notfall passiert?“ und „Wie reagiere ich richtig?“ beantwortet. Zudem würde das BCM alternative Workflows anbieten, wenn die IT-Systeme ausfallen sollten.

Herr Lonkai fragte an, ob solche Notfallpläne bereits existieren würden.

Herr Hoffmann antwortete, dass nicht bekannt sei, ob jeder Fachbereich entsprechende Notfallpläne habe.

Herr Ratzmann ergänzte, dass die Stadt WHV bereits an einem Krisensystem arbeiten würde, damit die Stadt handlungsfähig bleibe. Es existieren Krisenstäbe zusammen mit der Polizei und Feuerwehr. Außerdem wurde ein Krisenstabbeauftragter eingestellt. Allerdings sollen Umstellungen nur Step-by-

Step und sensibel erfolgen, damit die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung bestehen bleibe.

Es gab keine weiteren Nachfragen oder Anmerkungen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:09 Uhr

Müll
Referatsleiter

Fischer
Ausschussvorsitzender

Stolz
Protokollführerin